

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib-  
Tageblatt Riefa,  
Hermann Nr. 22,  
Goltz Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Wolfsberg, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa,  
des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1522  
Straßen:  
Riefa Nr. 22

Nr. 97.

Sonntag, 26. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustell-  
gebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen  
für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für  
Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstellige Anzeigenbeleg  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 22.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Niesmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Muß alles teurer werden?

Wette Kreise unseres Volkes befürchten eine allge-  
meine Teuerung infolge der neuen Steuern, der Zoll-  
erhöhungen und der Hilfsmassnahmen der Reichsregie-  
rung. Die Besorgnis, die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu  
verleuern. Die Weizenkölle, die im Mittelpunkt sämtlicher  
Agrarvorlagen standen, verlagern an erster Stelle den  
Preis, vorkaufend zu wirken. Sie sollen Erziehungskölle  
sein, die deutsche Landwirtschaft und den Getreidehandel  
vor den Gefahren bewahren, die in den 6 Millionen Lo-  
Weizen vor den Nordamerikas schlummern und nicht zu-  
letzt der Tatsache Rechnung tragen, daß die Getreideernte  
Tausende von internationalen Preisverfall rechtzeitig mit-  
teilen zu können. Gerade aus diesem Grunde ging man  
zum Stimm der geltenden Kollage über, legte die Reichs-  
regierung nicht auf einen festen Tarif fest und ließ die  
ganze Reform in die Form von Ermächtigungen. Dabei  
darf nicht übersehen werden, daß der Weizenpreis, der  
schließlich herauskommt, für alle deutschen Landwirte ein  
Anreiz sein soll, den bisherigen Roggenbau einzuschränken  
und in verstärktem Umfang Weizen anzubauen.

Sowohl die Regierungsparteien als auch die Oppo-  
sitionsparteien des Reichstags waren sich in den letzten  
Wochen darüber einig, daß auch nicht eine einzige Regie-  
rungsvorlage, die parlamentarisch verabschiedet wurde, den  
Zweck verfolgte, die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu  
verleuern. Die Weizenkölle, die im Mittelpunkt sämtlicher  
Agrarvorlagen standen, verlagern an erster Stelle den  
Preis, vorkaufend zu wirken. Sie sollen Erziehungskölle  
sein, die deutsche Landwirtschaft und den Getreidehandel  
vor den Gefahren bewahren, die in den 6 Millionen Lo-  
Weizen vor den Nordamerikas schlummern und nicht zu-  
letzt der Tatsache Rechnung tragen, daß die Getreideernte  
Tausende von internationalen Preisverfall rechtzeitig mit-  
teilen zu können. Gerade aus diesem Grunde ging man  
zum Stimm der geltenden Kollage über, legte die Reichs-  
regierung nicht auf einen festen Tarif fest und ließ die  
ganze Reform in die Form von Ermächtigungen. Dabei  
darf nicht übersehen werden, daß der Weizenpreis, der  
schließlich herauskommt, für alle deutschen Landwirte ein  
Anreiz sein soll, den bisherigen Roggenbau einzuschränken  
und in verstärktem Umfang Weizen anzubauen.

Eine übermäßige Belastung der Verbraucherschaft  
dürfte schon dadurch unterbunden werden, weil für Roggen  
und Weizen auf Grund der bestehenden Gesetzgebung  
ein Jahresdurchschnittspreis festgelegt werden muß. Auch  
der Weizenkölle ist derart angesetzt worden, daß er nicht  
nur auf die deutschen Mühlen, sondern auch auf die  
Verbraucher Rücksicht nimmt. Die Kollerhöbungen für  
Dopfen, Weintrauben, Federweid und Wein werden sich  
in den nächsten Wochen und Monaten überhaupt nicht  
auswirken, da für alle diese Artikel gilt, daß sie durch  
deutsche Handelsverträge mit anderen gebunden sind, und  
überhaupt noch nicht abzusehen ist, wann die bestehenden  
handelsvertraglichen Bindungen fallen. Auch die Zoll-  
erhöhungen für Rudererlen mag den Freunden und  
Freundinnen von Südküsten vorerst kein Kopfschmerzen  
machen, da nach der derzeitigen Regelung des Rudererlen  
im Interesse der Verbraucher für Ruder ein Höchstpreis  
festgelegt ist.

Das sehr kostbare Schlagwort der Hugenberadresse:  
„Spezial über Nationalpolitik“ findet in den neuen  
Zollgesetzen gar keine hinreichende Begründung. Es sind  
wohl Zollhöbungen vorgesehen für Karottensüßholz, Kaffee,  
Stärke, Dextrin und Maisamalgam und Herische Fett,  
doch werden sie insgesamt die Margarine-Industrie und  
dadurch die Verbraucherschaft nur unerheblich belasten.  
Dagegen ist der Schweinefleisch von den Zollhöbungen  
überhaupt nicht erfasst worden, denn für Schweinefleisch wie  
für Schweinefleisch, die beide für die menschliche Ernäh-  
rung sehr wichtig sind, bleiben die bisherigen Kollagen  
in unverminderter Höhe in Geltung.

Wie steht es aber mit dem Getreide? Nach dem neuen  
Holl von 30 Mark für einen Doppelzentner wird das  
Getreide, wenn man den Zoll einmal umrechnet, tatsächlich  
um 2 Pfennige teurer. Man kostete um Weizenmehl herum  
bei und ein feines Ei in den Großstädten wenigstens  
20 Pfennige, heute dagegen ist es um den halben Preis  
zu haben. Die Folge dieses unangelegenen Preissturzes ist  
eine Gefährdung unserer Ernährung. Dabei handelt  
es sich um 85 Millionen deutscher Hühner. Die unge-  
heure Ausdehnung der Hühnerhaltung in allen europäi-  
schen Ländern, namentlich aber bei uns, gibt die Gewähr  
dafür, daß auch nach der Anhebung der Eierkölle und  
nach dem Waffentum von Österreich, der unmittelbar  
hinter uns liegt, die Eierpreise sich auf einer mittleren  
Höhe halten werden.

Nach den neuen Steuern beträgt die reine Zoll-  
erhöhung für Benzin 3,9 Pfennige je Liter. Niemand  
zweifelt daran, daß die Benzinsteuer ebenso wie die Benzinkölle  
abgewälzt würden. In einem Teile unseres Reiches  
ist die Benzinsteuererhöhung bereits eingetreten. So kostet  
jetzt schon das Liter Benzin in Berlin 35 Pfennige, statt  
wie bisher 30 Pfennige. Der Benzinhandel hat sich also  
nicht damit begnügt, den Zoll von 3,9 bezw. 4 Pfennigen  
auf das Liter Benzin zu schlagen, sondern hat gleich einen  
Pfennig mehr genommen und „arabische“ auf 5 Pfennige  
abgerundet. Alle Bemühungen der Reichsregierung, den  
Handel und die Kaufmannschaft wieder zur Benzinsteuer-  
zahlung zurückzuführen, haben in diesem Falle versagt. Wir  
sind sehr begierig, ob das Brauergewerbe mit seinen Be-  
ziehungen mehr Erfolg hat. Die Folge der Benzin-  
erhöhung ist bereits, daß, um nur ein Beispiel herauszu-  
greifen, die Berliner Kraftfahrzeugverbände vorerst einen  
25-Pfennig-Zuschlag fordern und mit weiteren Tarif-  
erhöhungen drohen. Darüber herrscht begründeterweise bei  
schließen Gewerbetreibenden und Kaufleuten große Er-  
regung, zumal die meisten Geschäfte, die nach Berlin  
kommen, und — Zeit ist Geld — viele Geschäfte in kurzer  
Zeit erlebten wollen, auf Autobrochsen ankommen und

## Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes.

Die Beratungen des deutschnationalen Parteivorstandes  
waren naturgemäß vertraulich. Immerhin läßt sich aus dem,  
was in Gesprächen mit den Teilnehmern durchgefilert ist,  
etwa folgendes Bild gewinnen:

Bereits am Vormittag nahm die Aussprache die mit  
schärfer Form an, und zwar durch einen Antrag des  
Abgeordneten Steinhoff-Potsdam, der das Ziel hatte, die  
Reichstagsfraktion dem Parteivorstande zu unterstellen. Dr.  
Hugenberg erkannte aber wohl, daß diese Diktaturentwick-  
lung zweifellos zum Bruch geführt haben würde. Er lehnte  
sie deshalb von sich ab. Trotzdem spitze sich die Aussprache  
zeitweise erheblich zu. Auf der einen Seite stand die  
Gruppe um die Abgeordneten Dr. Hugenberg, Oberjohren  
und Freitag-Borringhoven, auf der anderen der agrarisch  
eingestellte Flügel der Partei einschließlich der Gruppe um  
den Abgeordneten Graf Westarp. Besonders lebhaftes For-  
men nahmen die Auseinandersetzungen während der Rede  
des Grafen Westarp an, der seinen Standpunkt eingehend  
begründete und dabei von der Gruppe Freitag-Borringhoven  
durch Zurufe unterbrochen wurde, auf die er sehr scharf  
reagierte. Schließlich gelang es aber nach der Einlegung von  
zwei Pausen doch, mit der Entschließung, die der Offenheit  
übergeben wurde, eine Brücke zu bauen.

Die Entschließung spiegelt die Diskussion bis zu einem ge-  
wissen Grade wieder, daß im Parteivorstand allgemein der  
Wunsch herrscht, zu vermeiden, daß die Partei mit  
einem Bruch in den Wahlkampf hineingehen könnte.  
Das Ergebnis der Sitzung ist also, daß der Bruch vermieden  
worden ist. In deutschnationalen Kreisen wird allerdings  
auch Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Aussprache  
noch keine Klärung gebracht hat. Für die allgemeine  
parlamentarische Lage ist noch bemerkenswert, daß die  
Parteivorstandssitzung es der deutschnationalen Fraktion  
nicht unmöglich gemacht hat, dem Reichstag zur Annahme  
zu verhehlen. In parlamentarischen Kreisen hat sich unter  
diesen Umständen der Eindruck verstärkt, daß die bevor-  
stehenden Reichstagsberatungen keine ernsthaftige Krise  
bringen werden.

### Hugenbergs Erfolg.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei  
hat am Schluß seiner Sitzung am Freitag abend mit mehr  
als vier Fünfteln Mehrheit des nahezu vollständig besetzten  
Vorstandes folgende Entschließung gefaßt: Der Parteivor-  
stand spricht dem Parteiführer Dr. Hugenberg und dem  
Vorstand der Reichstagsfraktion Dr. Oberjohren seinen  
Dank für ihr unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler  
Parteitag und in der Vorstandssitzung vom 8. April aus-  
gestellten Zielen und Richtlinien aus. Er hält es für selbst-  
verständlich, daß die Führung von Partei und Fraktion  
keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit ausgeben. Ihrer Füh-  
rung und dem geschlossenen Eintreten der Reichstagsfraktion  
für die Agrarfrage ist es zuzuschreiben, daß deren  
Vorlage und Annahme entgegen widerstrebenden Teilen der  
Regierungsmehrheit nach vor Ostern durchgeführt wurde.  
Mit diesen Maßnahmen sind jedoch die Voraussetzungen  
für eine Rettung der Landwirtschaft noch nicht be-  
endet.

### Mit dem Parteivorstand ist der Parteivorstand der Auffassung.

daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirt-  
schaft wie der Wirtschaft überhaupt viel tiefergreifende  
und zum Teil andersartige Maßnahmen erfordert.  
Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspoli-  
tik (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen etc.)  
steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im  
Wege wie die Fortdauer der marxistischen Vorherrschaft in  
Preußen. Der Zustand, daß die Volkstragungsmaßnahmen  
der öffentlichen Kassen, insbesondere auch der Bauernkasse,  
den Landwirt von Haus und Hof vertreibt, ist Selbstmord  
an eigenen Volke und muß vor allem anderen beseitigt  
werden.

### Wie stehen in Opposition gegen dieses Kabinett

das ohne uns gegen uns gebildet, zur Fortführung der  
bisherigen Tribut- und Handelsvertragspolitik entschlossen  
ist, und das auf dem Wege über Preußen immer noch mit  
der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei  
Mitverantwortung für seine Politik übernehmen. Die Oppo-  
sitionsstellung und die gegebene Lage verlangt unbedingt  
Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und  
geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parla-  
mentsabstimmungen

Es geschieht selbstverständlich, daß die Autobrochsen-  
besitzer die ganze Benzinsteuer und Benzinzollerhöhung  
nicht allein tragen können und sollen. Aber nicht minder

Der Parteivorstand bedauert, daß im Gegensatz zu der ein-  
mütigen und erfolgreichen Haltung der Reichstagsfraktion  
vom 3. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion  
in den Steuerabstimmungen vom 12. und 14. April, veran-  
laßt durch die verständliche und berechtigte Sorge um die  
Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt  
hat. Nach den Aussagen legt der Parteivorstand die Richt-  
linien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Eine  
Unterstützung des Kabinetts Brüning sowie die Mitüber-  
nahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht  
der über festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es  
bleibt dem Entschlusse der Partei- und Fraktionsführung  
überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende  
Stellungnahme zuzulassen.

### Eine Entschließung zum Reichsschulgesetz.

\* Berlin. Der Parteivorstand der Deutschnationalen  
Volkspartei faßte am Freitag weiter zur Frage des Reichs-  
schulgesetzes folgende Entschließung:  
Der Parteivorstand erhebt den bestimmtesten Einspruch  
gegen die Erklärung des dem Zentrum angehörigen Reichs-  
innenministers Birck im Bildungsausschuß des Reichs-  
tages, mit der sich Herr Birck auf denselben abweichenden  
Standpunkt gegen den Schulgesetzentwurf der Deutschna-  
tionalen Reichstagsfraktion wie sein sozialdemokratischer Vor-  
gänger Beerling stellte. Der Parteivorstand setzt darin  
einen Beweis dafür, daß die Regierung Brüning und Rück-  
sicht auf die Sozialdemokratie nicht daran denkt, die Hand  
zum endlichen Inkraftkommen eines Reichsschulgesetzes  
zu werfen, wie es die christliche Bevölkerung auf das drin-  
gliche fordert, zu bieten. Um so mehr erwartet er von den  
parlamentarischen Fraktionen, daß sie nichts unterlassen, um  
die Inangriffnahme der Beratungen des Schulgeset-  
zes zu erzwingen und darüber hinaus sowohl im  
Reichstag als auch in den Landtagen nach allen Richtungen  
im Sinne großzügiger christlicher und deutscher Kultur-  
politik tätig werden.

### Zu der Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes.

\* Berlin. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt zu der  
Entschließung des Parteivorstandes der Deutschnationalen  
Volkspartei, die Entschließung sei eine scharfe Abgrenzung  
der deutschen Vertreter der Deutschnationalen Partei und Be-  
wegung an diezeitigen Abgeordneten, die den klaren Rich-  
linien der Partei und dem Willen der Führung zuwider  
gehandelt hätten. Der Parteivorstand habe sich mit dieser  
Entschließung, die mit mehr als vier Fünfteln Mehrheit ge-  
faßt worden sei, zugleich mit größtem Nachdruck und ohne  
Einschränkung hinter dem Vorstehenden Hugenberg und den  
Fraktionsvorsitzenden Oberjohren gestellt und ihre Maß-  
nahmen im Kampfe der letzten Wochen in allen Punkten ge-  
billigt. Es sei gewiß kein Zufall, daß die Entschließung des  
Parteivorstandes einem Vorschlage der Vertreter der Pro-  
vinz Ostpreußen entstamme, die ja unter den Agrar- und  
Ländlern am stärksten leide. Am weitestgehend erweist der  
„Deutschen Zeitung“, daß nach den Erfahrungen der letzten  
Wochen die Gesamthaltung auch für die Fraktion scharfer  
als bisher festgelegt sei. Das gelte vor allem für die im  
letzten Jahre der Entschließung getroffene eindeutige Fest-  
stellung, wonach in besonderen Fällen die Entschließung des  
Partei- und Fraktionsvorsitzenden maßgebend sei. Diese  
Klärung der Verantwortungsfrage im Sinne der Führung  
sei notwendig gewesen. Sie stärke die Stellung Hugenbergs  
gegenüber der Fraktion.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vermag in dem Ergebnis  
der Parteivorstandssitzung keine wirkliche und durch-  
greifende Klärung der Verhältnisse in der Deutschnationalen  
Partei und Fraktion, insbesondere auch keine Klärung in  
dem Verhältnis zwischen Partei und Landwirtschaft zu er-  
blicken. Der Parteivorstand habe sich damit begnügt, der  
Fraktionsmehrheit ihr Eintreten für die Interessen der  
Landwirtschaft nicht als Verdienst, sondern lediglich als mil-  
dernden Umstand anzurechnen. Er habe nicht ein Wort der  
Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit des Ministers  
Schiele gefunden. Das eine wie das andere werde draußen  
in den Kreisen des am nache Erntens ringenden Land-  
volkes schwerlich besonders Verständnis finden. Wenn  
auch der offene Bruch zwischen Parteiführung und Frak-  
tionsmehrheit vermieden worden sei, so hänge doch die  
weitere Entwicklung an der Frage, wie weit die von der  
Minderheit der Fraktion verfolgte Intransigenz einer be-  
weglicheren Taktik, einer zielstärkeren Auffassung von  
den Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten einer verantwor-  
tungsbewußten Opposition Platz mache. Die Probe darauf  
läufe schon sehr bald heran.

Nach der „D.Z.“ wird die Lage in unterrichteten Krei-  
sen sehr ernst beurteilt, die Hoffnungen auf eine wirkliche  
Verständigung seien wesentlich zurückgegangen.

berechtigt ist die Öffentlichkeit in der Wahrung ihrer  
Interessen. Dies gilt von allen Gebieten, die von den  
neuen Steuern und Agrarzöllen getroffen werden.